



Auf zur 48-Stunden-Woche

Dass der Kampf unter den Standorten aufgrund der Ausspielungen des Vorstandes unerbittlich tobt, ist der Schwäche der IG Metall zuzuschreiben. Denn wenn man bedenkt, dass an den Standorten überall IG-Metall-Betriebsräte die Mehrheit haben, gibt das doch sehr zu denken. Dass aber nun auch unsere Tarifverträge innerbetrieblich zu Grabe getragen werden, ist schon sehr schlimm.

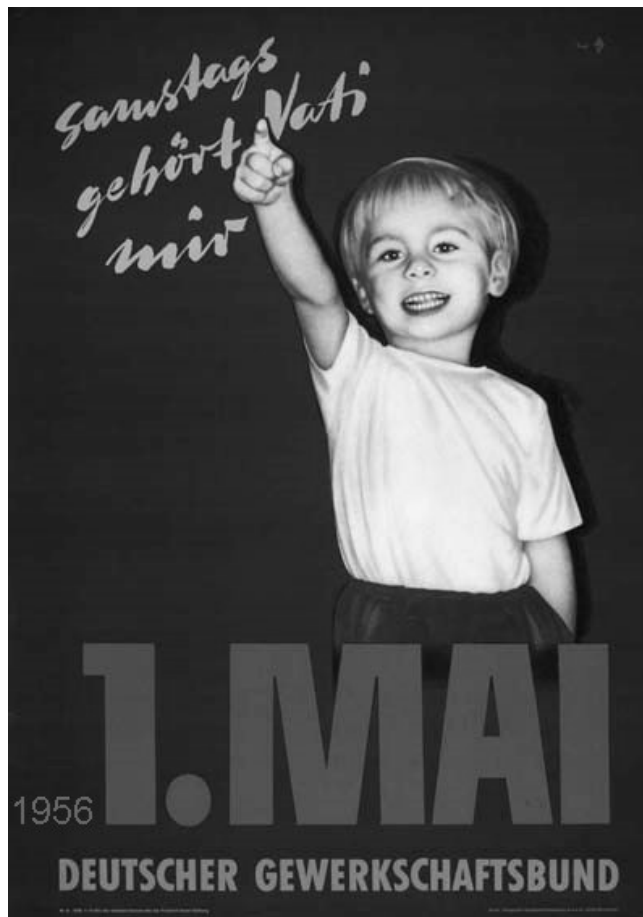
Zur Sache: der Betriebsrat hat in den letzten Jahren keine Neueinstellungen durchgesetzt, trotz weiterer Zugeständnisse bei der Flexibilisierung. Trotz der auch von der Hamburger IG-Metall-Fraktion immer wieder hochgepriesenen „ZuSi“ (Zukunftssicherung) haben sie danach noch eine weit höhere Quote an Leiharbeit vereinbart. Diese Vereinbarung wurde 2004 getroffen. Unseren Rat, sich an die Vereinbarung von 2001 weiter zu orientieren, in der nach Anzahl und Einsatz von Leihkollegen auch Festeinstellungen vorgenommen werden mussten, wurde ignoriert. Wir wiesen logischer Weise auch darauf hin, dass sie ihre so viel gepriesene „ZuSi“ unterlaufen würden.

Seit Mitte des Jahres, nachdem unser Werk Hamburg auch strukturell von Entscheidungen abgekoppelt worden ist, wird die verfehlte Politik immer offensichtlicher. Wir haben nicht genügend Personal, um unsere Arbeit zu schaffen. Nur mal angemerkt: hätten wir die BV von 2001 fortgesetzt, wären jetzt immerhin ca. 300 fest eingestellte Kollegen mehr an Bord. Ohne Menschen funktioniert die Produktion eben doch nicht.

Festeinstellungen und Leihkollegen bewilligt der Vorstand aber nicht. Auch der GBR drängt auf Einhaltung der „ZuSi“, 4% Leihkräfte und 4% Befristete. Die hohen Auftragseingänge führen zusammen mit der künstlichen Begrenzung des Personals und den nicht, oder nicht ausreichend, dimensionierten Maschinen zu einem dermaßen hohen Anspannungsgrad, dass unter tariflichen Bedingungen die Stückzahlen nicht geschafft werden können. Auch eine Ausweitung der Arbeitszeit durch zusätzliche Sonderschichten, wie erst wieder vom BR durch die

Mehrheit der IG-Metall-Fraktion beschlossen wurde, löste das Problem nicht. Nun spitzte sich die Situation immer mehr zu. Dem Betriebsrat wurden neben den Sonderschichten auch noch die 6. Nacht als Überstunden gemeldet. Eine Zeit lang wankte auch das BR-Gremium zwischen Zustimmung und Ablehnung. In dieser Zeit sammelte der Betriebsrat Vorschläge, was denn erfüllt sein müsste, um diese zusätzlichen Überstunden zu genehmigen. Wir traten dafür ein, dass Festeinstellungen erfolgen und die Maschinenkapazität den Anforderungen angepasst werden muss. Eben wieder Verhältnisse herstellen, die es uns ermöglichen, in Zukunft unsere Stückzahlen im tariflich vereinbarten Rahmen herzustellen. Die IG-Metall-Fraktion strich erst einmal die Forderung nach Personal, da „Gottvater Vorstand“ das ja nicht genehmigt. Sie arbeitet neben anderen Forderungen auch eine Forderung zur Lohnabsicherung bei Wechsel in die Engpassmontage aus. Ziel war es, Kollegen eine

höhere EG abzusichern und nicht auf die niedrigen Eingruppierungen abzustufen, wie es nach ERA geschieht. Die Lösung war nur die Zusage, die Einhaltung der Vereinbarung, die Kollegen dann auf den freiwerdenden höherwertigen Arbeitsplätzen auch einzusetzen. Also, nichts gekonnt! Wahrscheinlich war aber das Treffen der Werkleitung mit dem Betriebsausschuss der wahre Grund, warum dann doch die 6. Nacht zur Überstundenacht bis zum Jahresende wurde. Schaut man sich die Situation an, so haben wir mit dieser Entscheidung das Problem nicht



gelöst. Wenn nächstes Jahr die Abrufe aus den Abnehmerwerken ansteigen, werden wir weiterhin die Stückzahlen nicht schaffen, vielleicht dann noch nicht einmal mehr mit Überstunden und Sonderschichten.

Samstags gehörte Vati mir

„Samstags gehört Vati mir“, dieser Aussage eines freudestrahlenden, glücklichen kleinen Jungen kann die Gewerkschaft leider nicht mehr zustimmen. So jedenfalls die IG-Metall-Fraktion im Werk Hamburg, die nicht ihr Augenmerk auf die tariflichen Errungenschaften richtet, sondern alles der Standortlogik unterordnet. Nach dem Slogan, den noch die älteren aus kleinen Läden und vom Schlachter kennen, verfahren sie: „Darf's auch ein bisschen mehr sein?!“

Unser Verdacht, dass die zeitweilige Ablehnung der Überstunden nur dadurch zustande kam, weil die Werkleitung sie nicht mehr mitspielen ließ, hat sich mal wieder bewahrheitet. Am 5.11.07 hat die Werkleitung den Betriebsausschuss zu Gast gehabt. In der nächsten Betriebsratssitzung am 8.11.07 war die IG-Metall-Fraktion auf Linie. Ihre Argumente für die 6. Nachtschicht waren schon sehr grotesk. So sei den Kollegen nicht zu zumuten die 6. Nachtschicht zu rollieren, wie sie es selbst einst in die Betriebsvereinbarung einbrachten. Nein, das wollen die Kollegen nicht, dann würden sie ja nur 5 Tage bezahlt bekommen. Also auf zur 48-Stunden-Woche, dass wir endlich auch 6 Tage die Woche bezahlt bekommen.

Schade, bei mir hatte der kleine Junge mit seinem Argument: „Samstags gehört Vati mir“ doch ein recht hohes Selbstverständnis zum Ausdruck gebracht. Leider ist man in der IG-Metall-Fraktion darüber anderer Meinung, der kleine Junge kann sich ja schließlich auch einmal selbst beschäftigen.

Strukturmaßnahmen

Die Folgen der strukturellen Unterordnung des Werkes Hamburg gehen weiter. Während die KT in PW umgewandelt worden ist, hat sich nicht nur der Name verändert. Der Grund, warum z.B. die versprochene 800t- Presse nicht nach Hamburg kommt, liegt vielmehr darin, dass es den Presswerkverbund KT nicht mehr gibt. Die neue Direktive lautet, vor Ort werden die Teile gepresst, die auch im Werk verbaut werden. So entspricht die Entscheidung, die 800t-Pressen nach Bremen zu vergeben, dieser Philosophie. Die Presse wird vollständig mit den 204'er Teilen belegt, die auch in Bremen verbaut werden. Hier können noch schlimmere Folgen auf uns zukommen. Wir sind dem Werk UT (Untertürkheim) untergeordnet. UT war nicht im Presswerkverbund KT, obwohl es eine eigene Presserei hat. Sollte man nun in UT feststellen, dass sie Kapazitäten frei haben, könnten da noch unangenehme Entscheidungen auf uns zukommen.

Im Personalbereich soll eine Personaleinsparung von 35% erfolgen, oder 6,5 Menschen sind dort angeblich zu viel. Kaum zu glauben, denn erst in den letzten Jahren sind dort schon einige Einsparungen vorgenommen worden. Das bedeutet z.B., für uns wird es vor Ort keine Lohnberatung mehr geben, dies soll per Hotline gesche-

hen. Im IDEEen Management sollen 1,7 Menschen weniger tätig sein. Man überlegt, dass dies aus Bremen mit erledigt werden kann. Wer glaubt da noch, dass das Unternehmen Interesse an unseren Ideen hat. Sie behaupten, dass ihnen das sehr viele Einsparungen bringt, aber sieht man, wie dieser Bereich abgebaut wird, kann man das nicht glauben. Meine Meinung, aus Bremen lassen sich die Einreicher noch besser vertrösten, als es jetzt schon der Fall ist.

Die Buchhaltung wird in 3 Competence Center aufgeteilt. Vor Ort bleibt nur ein so genanntes Frontoffice. „Für“ die Kollegen dort gibt es einen „Sozialplan“

Gerücht - Abfindungen

Immer häufiger hört man im Werk, dass es ab nächstes Jahr wieder Abfindungen geben soll. Abfindungszahlungen haben bei uns immer etwas mit „sozialverträglichem Personalabbau“ zu tun. Wir haben im Personalbereich nachgefragt. Die Antwort war, das wäre nur ein Gerücht. Nach diesem Dementi verdichtete sich das Gerücht aber immer mehr. Da Gerüchte gerade in unserem Werk eigentlich fast immer Vorboten eines drohenden Ereignisses sind, haben wir dazu einmal Überlegungen angestellt. Ein Stichwort, das uns dazu einfiel war „Produktion im Osten“! Dieses Stichwort verbinden wir seltsamer Weise



Maulkorb? Nicht mit uns!

immer zuerst mit der Produktion des SMARTS. Bei uns natürlich der SMART-Achsen, die wir bislang immer wieder am Markt „erkämpfen“ mussten. Gleich 2006, nach der BR-Wahl, wollte uns Krupp die Achsen abjagen. Obwohl wir gerade erst den Zuschlag erhalten hatten, mussten wir sie erneut „erkämpfen“. Auf jede Achse mussten 4,80 € draufgelegt werden. Jetzt sind wir auch nur durch Sonderschichten und 6. Nachtschicht in der Lage, die Abrufe aus Hambach zu befriedigen. Zu wenig Personal und alte, störanfällige Fertigungsanlagen sind die Probleme der Smartachsfertigung. Steigen im nächsten Jahr die Abrufe, benötigen wir mindestens die Wochenendschicht. Jetzt kommt erneut ein Sparprogramm auf uns zu. Die Aussichten, hier weiter am Ball zu bleiben, sehen im Moment nicht rosig aus. Auch die Sonder-

schichten, die der Betriebsrat der Firma schenkte, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir ohne eine grundlegende Änderung der Produktionsmittel und ohne Personalaufstockung vergeblich rund um die Uhr arbeiten. Wir sitzen in der Falle. Sich wehren, wie wir es vorge schlagen haben, wäre wohl sinnvoller gewesen, als falsche Hoffnungen zu schüren, man könne dieses Problem mit Überstunden lösen.

Zweiter großer Aufsatzpunkt sind die Achsen A-Klasse. Es ist immer noch nicht entschieden, wie die Nachfolge aussieht. Auch hier würden wir bei einer eventuellen Neuausschreibung arg in Bedrängnis kommen.

Dritter Punkt ist, dass das Werk Hamburg durch die neuen Strukturen von allen Entscheidungsstrukturen abgehängt worden ist. Es gibt keine Möglichkeiten, die Hamburger Probleme durch Kostenverschiebung oder eine Hamburg interne Lösung zu präsentieren, zu umgehen. Nackte Zahlen werden in Stuttgart betrachtet und danach Entscheidungen getroffen.

Es gibt also eine Menge Anhaltspunkte, warum das Gerücht vielleicht doch nicht nur ein Gerücht ist. Wir hoffen natürlich alle, dass es gut für uns ausgeht. Aber die Fehler, die auch hier von der IG-Metall-Fraktion gemacht worden sind, diese Strukturmaßnahmen ohne Widerstand hinzunehmen, sind im nach hinein schwer zu heilen.

Tarifauseinandersetzung bei der Bahn

Der Öffentlichkeit wird präsentiert: Streik der Lokomotivführer behindert Deutschland.

Doch diese Schuldzuweisung konnte bislang nicht die Unterstützung der Menschen in diesem Land brechen. Sie wissen, dass Arbeitgeber unsere Löhne drücken, um ihre Gewinne zu erhöhen, das findet in dieser Republik jeden Tag statt. So kommt es, dass nach wie vor über 60% in diesem Lande hinter den Streiks der GDL stehen. Endlich wehrt sich mal einer, ist der allgemeine Tenor. Viele hoffen darauf, dass hier endlich die Verhältnisse umgekehrt werden und erwarten, dass Herr Mehdorn nachgibt. Die Hoffnung ist, endlich mal wieder zu zeigen, dass wir mehr als ein Kostenfaktor sind. Wir sind die, ohne die die Konzerne keine Gewinne realisieren können. Das spüren sie nun direkt und unmittelbar. So werden auch die Fronten gezogen. Es gab noch nie so viele gerichtliche Angriffe auf das Streikrecht wie in dieser Tarifauseinandersetzung. Der Versuch, das Streikrecht zu brechen, ist unübersehbar. Wo sind denn da die anderen Gewerkschaften? Haben sie nicht auch ein Interesse, dass es erhalten bleibt? Man könnte fast meinen, nein! Statt sich ausnahmslos hinter die Kollegen der GDL zu stellen, um endlich eine Wende in der Tarifpolitik hinzubekommen, sin nen sie danach, der GDL unterzuschieben, sie wären eine Ständegewerkschaft und so etwas will man nicht im DGB. Nun, die GDL ist keine Gewerkschaft die sich jetzt erst herausgebildet hat. Nein sie gehört mit zu den ältesten Gewerkschaften in dieser

Republik und ist kein Stände-Verband, wie der Marburger Bund, oder die Pilotenvereinigung Cockpit. Daher sind hier einige Zuweisungen eh falsch. Es sieht so aus, als ob es gerade diese Befürchtungen



sind, die sie zur erneuten Hatz auf die Koalitionsfreiheit treibt. Wenn z.B. die Menschen und Berufsstände, die aus den Konzernen herausgedrängt worden sind, sich selber eine Gewerkschaft gründen. Nehmen wir bei uns nur mal die Logistik. Denen soll aber verboten werden, dafür zu streiken, dass sie mehr als ihren jetzigen Hungerlohn erhalten. Wollen wir die dann verhauen, weil sie unseren Betrieb lahm legen? Das sollten wir natürlich nicht, deswegen sollten wir auch endlich offen gegen die Ausgrenzungspolitik auftreten. Hier nur genannt der Dienstleistertarifvertrag, oder die Duldung, unsere Kollegen in Fremdfirmen mit Hungerlöhnen zu beschäftigen. Aber leider setzen die großen Gewerkschaften genau da an. Nicht Solidarität ist hier ihre Strategie, sondern ihr Verständnis, für Ordnung zu sorgen. Das zeigt sich auch besonders bei uns im Werk.

Sollten wir die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, dass die Verzichtsideologie gebrochen wird, dürfen wir uns jetzt nicht verkriechen. Wir müssen jetzt Solidarität mit den Kollegen zeigen, dann könnte ein Erfolg der GDL-Kollegen auch ein Erfolg für uns alle werden.

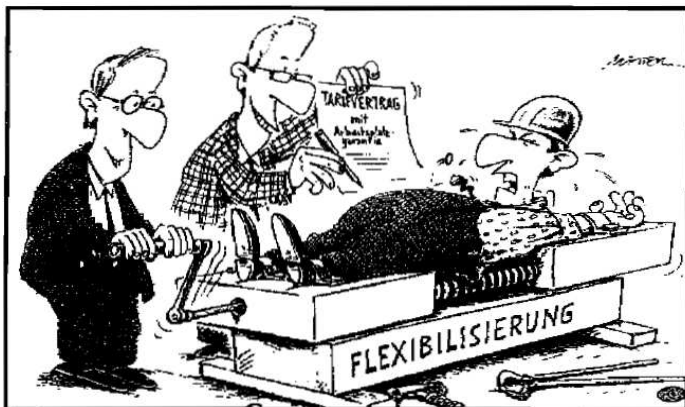
Kurzarbeit - Streikrecht

Da Aufgrund der Tarifauseinandersetzung bei der Bahn befürchtet wird, die Arbeit nicht weiter fortsetzen zu können, hat der Betriebsrat im Werk Hamburg mit der Werkleitung gemeinsam entschieden „vorsorglich“ Kurzarbeit einzureichen. Dieser Schritt ist nicht ungewöhnlich, wenn Arbeitsausfälle drohen. Doch jedem hier im Werk ist bewusst, dass Kurzarbeit ein hoch politisches Thema ist. Spätestens seit der Kalten Aussperrung 1984 wissen wir, dass uns die Firma die Leistung Kurzarbeit verwehrt hat, weil es ihnen politisch darum ging das Streikrecht zu brechen. Noch brisanter und politischer ist es, wenn es um die Debatte der Lohnnebenkosten geht.

Dort versuchen die Unternehmen, die Lasten allein auf uns abzuwälzen. Zu diesen „Nebenkosten“ gehört eben auch die Arbeitslosenversicherung. Wenn wir wirklich arbeitslos werden und eine Abfindung bekommen würden, wirkt sich das negativ auf die Leistung aus, die wir aus diesem Topf beziehen. Da könnte man doch die Firma in die Pflicht nehmen, unsere Löhne zu 100% weiter zu zahlen, denn eigentlich müsste sie ja ihre Extra-Gewinne mit einbringen, bevor sie aus unserer Versicherungskasse Geld bekommt,

Nun zu der Tarifaueinandersetzung bei der Bahn. Während man uns bei Auswirkung eines Arbeitskampfes, der in Baden Württemberg stattfand, die Leistung verwehrte, hält man sich an diese Sozialversicherung und will die Auswirkung eines Arbeitskampfes abfedern. Wo bleibt den da die unternehmerische Verantwortung? Wieso darf die Sozialkasse bei den Streikfolgen dann die Folgen für die Unternehmer mildern. Wirkt das nicht gegen die Bemühungen im Tarifikampf auszuloten wo die richtige Einordnung der Forderung liegt?

Ein Streik hat doch nur Sinn, wenn auch Druck ausgeübt wird und somit auch wirtschaftlich spürbar ist. Wie gehen denn die Unternehmer mit uns um? Um mehr aus uns herauszuholen, üben sie ständig Druck aus, erpressen uns und diktieren uns ihre Bedingungen. Dies tun sie aber ständig, sie rufen dazu nicht einmal einen Streik oder so etwas aus.



Bedenkt man dieses, ist es nicht unbedingt hilfreich für unsere Interessen, die Auswirkungen eines Streiks zu mildern, sondern es wäre wichtig, Stellung zu beziehen. Es bietet sich hier seit langen endlich einmal wieder die Möglichkeit die Erpressungen und das Diktat der Unternehmer zurück zu weisen. Diese Chance hier mitzuwirken, hat die IG-Metall-Fraktion mit ihrer leichtfertigen Zustimmung vertan. Ganz abgesehen von den Formulierungen. Ob es günstiger ist, einen Aufstockungsbetrag, wie er angedacht ist, auf 80% des Nettolohnes zu bekommen, einzustecken, oder eine Richtungsänderung bei dem Diktat der Unternehmen zu erreichen, kann man sicher nicht sofort beurteilen. Auf Dauer wird es wohl

günstiger für uns sein, dass wir unsere Forderungen auch mal wieder durchsetzen. Deshalb haben wir, gegen den Antrag der Werkleitung gestimmt, Kurzarbeit jetzt schon zu beantragen. Wir sehen auch eine Verpflichtung der Firma, sich auf diese Situation einzustellen und Bedingungen herzustellen, dass wir weiterarbeiten können. Es muss ja nur im tariflich vereinbarten Rahmen sein.

Leistungsbeurteilung im direkten Bereich

Bei den Angestellten und im indirekten Bereich war die Leistungsbeurteilung (Nasenfaktor) schon immer eine gewohnte Größe. Unsere Kritik an ERA, den Nasenfaktor auf 30% anzuheben, haben wir **alternativen** ja schon öfter zum Ausdruck gebracht. Jetzt sollen auch die direkten Kollegen in diesen zweifelhaften Genuss kommen. Nach dem so genannten Optionsmodell soll eine Leistungsbeurteilung eingeführt werden. Die Zusage des Entgeltsprechers war doch, im direkten Bereich wird 15% Durchschnitt gezahlt. Es wurde zwar auch berichtet, dass die Unternehmensleitung eine Leistungsbeurteilung einführen will. Doch dazu müssten sie Verhandlungen mit dem Betriebsrat führen. Nun fragt man sich, wenn es doch zu einer Leistungsbeurteilung kommt, wer hat dem zugestimmt. Einen Betriebsratsbeschluss dazu gibt es nicht.

Indirekte Arbeit im direkten Bereich

Im Werk läuft ein Projekt, das untersucht, ob und wie viele indirekte Tätigkeiten noch im direkten Bereich gemacht werden. Dies kann man gar nicht anders verstehen, als einen weiteren Angriff auf den Rest Gruppenarbeit und auf unsere Löhne. Wie ihr wisst, wird seit ERA der Lohn nach der Arbeitsaufgabe in EG-Stufen festgelegt. Oft haben gerade diese Anreicherungen dazu beigetragen, dass die Eingruppierung noch einigermaßen akzeptabel war. Von der Gruppenarbeit brauchen wir eigentlich gar nicht mehr reden. Die ist schon in der letzten Amtszeit des Betriebsrates endgültig von der „Teamarbeit“ mit „Systemführern“ abgelöst worden. Die Punkte der Betriebsvereinbarung, die nach unserem dafürhalten so wichtig waren, weil sie die Verantwortung, das Können und die Entscheidungsfähigkeit unserer Kollegen unterstützten, finden sich auch nur noch im geringen Umfang in den letzten noch bestehenden Gruppen wieder. Wie gesagt, das sind übrigens auch wertprägende Merkmale nach ERA. Es zeigt sich wieder einmal, dass die vermeintliche Stärke der Gewerkschaft, die durch die IG-Metall-Fraktion im Werk mehrheitlich vertreten ist, nicht in der Lage ist, selbst abgeschlossene Betriebsvereinbarungen, wie die zur Gruppenarbeit, durchzusetzen. Deshalb wundert es uns eigentlich auch nicht, dass dieses Vorgehen so ungehindert statt finden kann.

Die Betriebsratmitglieder der „deutsch-ausländischen Metallerinnen und Metaller“:

Jan-Uwe Griese	Bereich T und KT	Halle2.1	Tel.: 0160 8636275
Mainhard Schmidt	Bereich Achsen	Halle 11	Tel.: 2715 o. 0160 636353
Ulf Wittkowski	Bereich T und KT	BR-Büro	Tel.: 2139 o. 0160 8636305

Impressum

Presserechtlich verantwortlich:
Horst Helfen
Rüstweg 15
21079 Hamburg
Druck: Eigendruck
Auflage 1200